Am 7. September 2015 brachten die NDS Kai Ruhserts Kritik an Werner Rügemers Vortrag beim Pleisweiler Gespräch. Jetzt antwortet Werner Rügemer. Wir stellen auch diesen Text ohne Kommentierung ein. Sie enthält etwa in der Mitte allerdings eine Bedingung zur Fortsetzung des Disputs. Albrecht Müller

Dr. Werner Rügemer an Kai Ruhsert am 9.9.2015:

Sehr geehrter Herr Ruhsert,

Sie verteidigen das Märchen, dass die Vereinigten Staaten von Amerika eine Organisation sind, die durch Kriege und Beteiligung an (Welt)Kriegen und durch Kreditvergabe und Investitionen anderen, zum Beispiel Deutschland und Europa, etwas Gutes tun will. Sie liegen mit Ihren Behauptungen und Ihren biederen & befangenen Quellen neben der umfangreichen, faktenreichen Forschung, die vor allem in den USA schon in den 1950er bis 1990er Jahren und dann wieder verstärkt im Laufe des letzten Jahrzehnts gemacht wurde. Schauen Sie sich beispielsweise die Literaturliste an in Panitch / Gindin: The Making of Global Capitalism. The Political Economy of American Empire. Ein aktuelles Nachschlagewerk zum Märchen vom guten Uncle Sam ist in deutscher Sprache z.B. „Die Weltbeherrscher“ von Armin Wertz, der die (Un)Taten seitens des Komplexes USA seit Staatsgründung im 18. Jahrhundert chronologisch Jahr für Jahr auflistet. Schauen Sie z.B. auch mal bei Autoren rein wie Anthony Sampson, Christopher Simpson, Ron Chernow, Ben Urwand, Adam Tooze, Adam Lebor, Anthony Sutton, Edwin Black, Gabriel Kolko, Jacques Pauwels, Charles Higham sowie deren Literaturlisten. Von diesen und weiteren Autoren werden auch Archive der US-, britischen, deutschen, französischen usw. Regierungen/Ministerien und von US-Präsidenten ausgewertet, Archive des American Red Cross. Lesenswert auch die faktenreichen, unbekümmerten Selbstdarstellungen, Tagebücher und die Biografien von Beteiligten wie den Dulles-Brüdern, Averell Harriman und Henry Morgenthau.

Großbritannien als Hauptkreditgeber der Alliierten im 1. Weltkrieg?

Herr Ruhsert, Sie behaupten: Nicht die USA, sondern Großbritannien sei der Hauptkreditgeber der Alliierten gewesen. Da bleiben Sie an der Oberfläche. Richtig ist: Wall Street überließ („special relationship“) das Management der Kreditvergabe an die Alliierten großenteils der City of London. Sie hatte etablierte Beziehungen und wollte mitverdienen. Aber die Kredite, die aus London nach Frankreich usw. vergeben wurden, wurden durch Kredite in New York refinanziert. Barclays Bank, Westminster Bank, Lazard Brothers usw. waren also selbst in den USA bei Morgan, Chase Manhattan, Kuhn Loeb, Dillon Reed, Lee Higginson, Goldman Sachs usw. verschuldet.

Dadurch wurden die USA real vom größten Schuldnerstaat vor dem Krieg zum größten Gläubigerstaat nach dem Krieg. Und Großbritannien, Frankreich, Italien, Belgien und weitere Staaten waren im Krieg und danach real bei den USA verschuldet, dann auch Deutschland.
Das Schuldenmanagement ging nach dem Krieg deshalb auf die USA über. Sie richteten 1924 – 1930 in Berlin die mit hundert Mitarbeitern ausgestattete Stelle des Reparations-Generalagenten ein. Er überprüfte die Zahlungs- und Devisenflüsse. Er drängte u.a. bei der Reichsregierung auf Kürzung der Staatsausgaben. (vergleichbar der heutigen Troika für Griechenland)
Als Kenner der britischen Verschuldung haben Sie, Herr Ruhsert, sicher folgendes mitbekommen: 2015 zahlte Großbritannien eine Anleihe zurück, die 1932 an 120.000 Anleger verkauft worden war, und zwar um Kredite aus dem 1. Weltkrieg in den USA zurückzuzahlen. Das brachte den Anlegern bzw. ihren Erben heute 2,9 Mrd. Euro ein. Sie sehen, der von Ihnen bestrittene Mechanismus – Refinanzierung britischer Weltkriegskredite in den USA – wirkt noch heute.

Warum traten die USA militärisch in den Krieg ein?

Die USA traten als Finanzier und Lieferant von Kriegsmaterial ab 1914 in den Krieg ein. Auch die Regierung von Präsident Woodrow Wilson wusste, dass dies ein Kriegseintritt war. Er fand aber, um entsprechende Gesetze zu umgehen, in Absprache mit der Wall Street die Formel: Die Kredite fördern den internationalen Handel.
Die Kredite waren mit der Auflage verbunden, das Kriegsmaterial, die Dosennahrung usw. in den USA zu kaufen. Krieg ist ein gutes Geschäft, und der 1. Weltkrieg entwickelte sich zum bisher weitaus besten Geschäft der US-Wirtschaft überhaupt. Das wurde auch politisch genutzt, denn vor dem Krieg waren die USA in einer Wirtschaftskrise, die damit (für ein paar Jahre) „gelöst“ wurde, Arbeitsplätze wurden geschaffen. Und das Geschäft sollte möglichst lange dauern, das liegt doch für moralisch indifferente Banker und Industrielle nahe. Oder machen die in den USA hier eine Ausnahme?
Warum sind die USA militärisch erst 1917 in den Krieg eingetreten? Herr Ruhsert, Sie argumentieren, die USA seien vorher eben nicht vorbereitet gewesen. Das stimmt natürlich, aber dazu hatten sie ja auch keinen Grund, der Krieg lief aus US-Sicht bestens. Aber die urplötzlich aus dem Boden gestampfte Mobilisierung 1917 von über einer Million Soldaten und der dazugehörigen Infra- und transatlantischen Transportstruktur – Regierung, Verwaltung, Militär, Banken, Unternehmen, Medien – zeigt die Fähigkeit der USA, wie schnell das gehen kann, wenn der Wille da ist. Das war wieder ein großes Geschäft. Siehe auch die kurzfristig aufgebaute Propaganda-Behörde Committee on Public Information, CPI (Creel commission), die die pazifistische Mehrheitsstimmung der Bevölkerung mit

gigantischem Aufwand kippen sollte.
Aber dann müssen Sie erklären, warum die USA auch noch militärisch in den Krieg eingegriffen haben. Denn die USA waren in keiner Weise bedroht, es ging also nicht um die vielbeschworene „nationale Sicherheit“. Es ging also um etwas anderes.
Demokratie und Frieden können die Gründe nicht gewesen sein. Seit Präsident Theodor Roosevelt und auch unter Wilson verletzten die USA während ihrer kriegerischen und Kapital-Expansion in ihrem Hinterhof und auf den Philippinen usw. ständig Demokratie und Frieden, z.B. 1915/16 in Mexiko.
Wilson hatte 1916 erklärt, dass ein „Friede der Erschöpfung“ zwischen den europäischen Kriegsgegnern, also ein Kriegsende ohne Sieger und ohne Verlierer, das Beste für eine anschließende Friedensordnung sei. Das war richtig. Es wurde aber nicht danach gehandelt. Sonst wäre das Geschäft zu Ende gewesen.
Die USA subventionierten auch deshalb z.B. die Übergangs-Regierung in Russland, damit das erschöpfte Zarenreich nicht aus dem Krieg ausstieg.
Dass Russland unter Lenin und Trotzki dann tatsächlich aus dem Krieg ausstieg, passte den USA auch wieder nicht, weswegen US- und alliierte Truppen militärisch in Russland einfielen und den Krieg nochmals verlängerten. Und die bisherigen Kriegsfinanziers Morgan und National City Bank finanzierten in Russland dann auch die Konterrevolution etwa des Admirals Koltschak.

Versailler Vertrag

Sie führen an, Herr Ruhsert: „Auch die durch den Versailler Friedensvertrag erfolgte ‚Bestrafung‘ Deutschlands, auf der vor allem Frankreich bestand, widersprach dem Grundsatz der Selbstbestimmung, denn Deutschland war mittlerweile demokratisiert worden, auch deshalb, weil man so – auf die 14 Punkte Wilsons vertrauend – günstigere Friedensbedingungen erhoffte.“ Wer hoffte da was genau? Wäre es nach dem Willen der USA gegangen, hätte es den Versailler Vertrag so nicht gegeben, sagen Sie.
Die USA als Siegermacht des 1. Weltkriegs leiteten mit Präsident Wilson persönlich und der größten Delegation zwar die Versailler Verhandlungen. Sie haben aber das Ergebnis nicht ratifiziert. Sie sind nicht Mitglied des Völkerbundes geworden (den sie selbst vorgeschlagen hatten), sie traten nicht dem Internationalen Gerichtshof bei (später erst mit Vorbehalten, die eine Verurteilung der USA unmöglich machten), sie schlossen nach dem Friedens- und Reparations-Vertrag separate Friedens- und Kreditverträge mit allen einzelnen Staaten ab, so auch mit Deutschland.
Die USA wollten sich keiner internationalen Institution eingliedern, sondern bauten weiter z.B. mit Dawes- und Young-Plan in Deutschland ihr eigenes Instrumentarium aus, neben ihren „Verbündeten“. Sie haben auch damit nicht eine Friedensordnung in Europa

gefördert.
Demokratisierung haben die USA nach dem Krieg als Argument genutzt, um Druck auszuüben, wo es gerade passte, vor allem in Deutschland. Sie haben aber gleichzeitig auf Demokratie gepfiffen, wenn ihnen ein faschistischer Diktator wie Mussolini und Franco als sichere Alternative gegenüber der „roten Gefahr“ erschien. Und auch die US-Delegation in Versailles hat die Kolonien der Verbündeten Frankreich und Großbritannien gegen anderslautende Vorschläge geschützt und die dort für nationale Selbstbestimmung kämpfenden Befreiungsbewegungen abgewiesen.

Waren die Wall Street-Kredite ein Verlustgeschäft?

Herr Ruhsert, Sie sagen, dass die Verbündeten und auch Deutschland ihre Schulden bei den USA nicht, jedenfalls nur zu kleinem Teil zurückgezahlt haben und dass die USA deshalb am 1. Weltkrieg doch nicht verdient haben.
Richtig: Die Schulden wurden großenteils nicht zurückgezahlt. „Die USA“ haben so nicht viel verdient. Aber bestimmte Leute in den USA haben sehr wohl viel verdient: Die US-Unternehmen bekamen ihre Kriegslieferungen voll bezahlt. Die Banken wurden nach dem Crash an der Wall Street („Schwarzer Freitag“) staatlich gerettet. Anleger, denen die Wall Street Anleihen für Deutschland verkauft hatten, gingen leer aus. Verluste wurden also auf Anleger und Steuerzahler überwälzt. Das ist nun wirklich nix Neues.
Eine solche Verlust-Überwälzung ist auch an der oben genannten, 2015 erfolgten Rückzahlung der britischen Anleihe von 1932 zu erkennen: Die 2,9 Mrd. Euro fehlen nun im Staatshaushalt 2015, weswegen die Vasallen-Regierung von David Cameron einen weiteren Grund hat, um bei den Sozialausgaben noch weiter zu kürzen

Köln als Opfer der Wall Street?

Herr Ruhsert, Sie bemühen „notwendige“ Kredite für die Renommierprojekte des Kölner Oberbürgermeisters Konrad Adenauer, anders seien sie eben nicht finanzierbar gewesen. Das sei doch gut gewesen, und noch heute ehren „die Kölner“, wie Sie behaupten, ihren „erfolgreichsten Oberbürgermeister“.
Nun ja, er war erfolgreich, er sicherte sich 1929 damit seine Wiederwahl. Es gibt solche Kölner, die ihn immer noch ehren, ich kenne sie. Wenn die Wall Street-Banken damals dann den Anlegern, denen sie die Anleihen verkauft hatten, mitteilen mussten „Ätsch, die bösen Deutschen zahlen nicht zurück“, dann machte das den Bankern genauso wenig aus wie dem Kölner Oberbürgermeister.
Bei jedem Kredit hat irgendwer immer einen Vorteil, auch wenn er nicht zurückgezahlt werden kann, wie jetzt z.B. in Griechenland und der Ukraine.
„Erfolg“ nach Ihrem Muster, Herr Ruhsert, ist es also, wenn die Kollateralschäden auf

andere, die mit der Kreditvergabe nichts zu tun haben, abgewälzt werden.
Köln ist also kein „Opfer der Wall Street“, sondern erst mit dem christlichen Komplizen Adenauer wird das Bild vollständig. Der Mittäter war übrigens nicht nur Kölns Oberbürgermeister, sondern auch Präsident des Preußischen Staatsrats und Mitglied im Aufsichtsrat der Deutschen Bank, die die Renommierprojekte ebenfalls mitkreditiert hatte. Adenauer hatte auch persönliche Kontakte zur Wall Street. John McCloy von der Wall Street-dominierten Weltbank wurde auch deshalb 1949-1952 Hochkommissar für die von ihm beaufsichtigte Gründung der Bundesrepublik, deren Bundeskanzler Adenauer werden durfte. Der hatte an der Wall Street Schulden gemacht und nicht zurückgezahlt und war Wachs in den Händen seines mächtigen Freundes „Jack“, wie er den Hochkommissar liebevoll nennen durfte. Nach Beendigung seiner Aufgabe in Deutschland wurde McCloy Chef der Chase Manhattan Bank.

Hat die Wall Street Hitlers Aufstieg mitfinanziert?

Sie haben recht, wenn Sie anmerken, dass auf Initiative der USA das Deutsche Reich schon vor Hitler schrittweise Schulden nicht mehr rückzahlen musste, und dass die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ, Bank for International Settlements) von der Wall Street mit den europäischen Zentralbanken und der japanischen Zentralbank schon vor 1933 gegründet wurde. Ich habe in meinem Vortrag das Gründungsjahr genannt: 1930. Richtig ist: Hitler war noch nicht an der Regierung.
Die Feinheit, die Sie übersehen, besteht in folgendem: Mit dem Hoover-Schulden-Moratorium (1930/31) und der nachfolgenden Verlängerung wurde die Rückzahlung für das Deutsche Reich ausgesetzt, aber nicht erlassen, sondern bis 1986 gestreckt. Zu dieser langfristigen Abwicklung wurde ja die BIZ gegründet: Was hätte sie sonst für einen Sinn gehabt (zunächst)? Erst Hitler hat definitiv gesagt: Deutschland anerkennt auch diese Schuldenstreckung nicht, es werden niemals Reparationen gezahlt.
So stellt die BIZ die Fortsetzung des Young-Plans, des Hoover-Moratoriums und der Rückzahlungs-Streckung dar. Bekanntlich hat die nach 1945 gegründete Bundesrepublik Deutschland die Verpflichtungen wieder anerkennen müssen, als Rechtsnachfolger des Dritten Reiches. Auf Initiative der USA wurden sie allerdings noch weiter reduziert und gestreckt, der Zins noch weiter abgesenkt, sodass die BRD 2010 ziemlich unbemerkt die letzte kleine Zahlung geleistet hat.
So hat also die BIZ nicht den Aufstieg Hitlers finanziert, wie Sie mir als Aussage unterstellen. Den Aufstieg haben bekanntlich Henry Ford und andere aus den USA, vor allem aus Deutschland, aus der Schweiz usw. finanziert, also Personen aus der damaligen transatlantischen kapitalistischen Klasse.
Die wichtige, ganz andere Funktion übernahm die BIZ mit Sitz in der „neutralen“ Schweiz

erst mit Beginn des 2. Weltkriegs. Sie übernahm einen wichtigen Teil an der Finanzierung der Hitler’schen Kriegsführung, durch Raubgoldwäsche, Devisenbeschaffung. Chef der Bank war der Wall Street-Banker Thomas McKittrick, von 1940 bis 1945.

Amerikanische Investitionen als frühe Form der Besatzung?

Sie sagen, Herr Ruhsert, ich ließe die zahlreichen Unternehmensaufkäufe und die Gründung von Niederlassungen durch US-Konzerne „in einem schlechten Lichte“ erscheinen. Und dies sei eine Kritik, die in der Tradition „nationalsozialistischer Publizistik und auch linksradikaler Seite“ stehe. Da haben Sie ja freihändig ein widerliches Querfront-Klischee zu Hilfe geholt! Ihre Denunziation lässt Sie selbst in einem „schlechten Licht“ erscheinen. Ich fände es anständig, wenn Sie sie zurücknehmen. Ich mache das zur Bedingung dafür, ob ich die Diskussion mit Ihnen weiterführe, falls sie sich ergeben sollte.
Die US-Investitionen in Deutschland während der Weimarer Republik in Verbindung mit dem Dawes-Kredit-Plan (1925) dienten der Ausweitung US-amerikanischen Privateigentums und Marktes. Sie waren mit günstigen Bedingungen verbunden, z.B. Steuererleichterungen. Das ist zwar keine „Besatzung“, wie Sie mir unterstellen. US-Eigentum im Ausland soll aber bekanntlich nicht diesem Ausland „helfen“, sondern naturgemäß den US-Interessen.
Erstens: Die Investitionen waren nicht am *volkswirtschaftlichen* Erfolg Deutschlands oder Europas orientiert.
Zweitens geschahen sie vielfach in enger Verbindung von US- und deutschen Konzernen, etwa General Electric und AEG, deutsche Chemieindustrie unter dem IG Farben-Dach mit den US-Chemiekonzernen usw.; d.h. es wurde auch in den USA investiert. Ich mache also keine „USA-Anklage“, wie Sie mir vorwerfen, sondern ich benenne die gemeinsame Verantwortung von Privatunternehmen, die ihren Sitz auf deutschem wie US-amerikanischem Territorium hatten.
Drittens: Auch diese Investitionen wie auch die Nichtrückzahlung der Kriegskredite an die Wall Street führten nicht nur zu den von Ihnen gelobten „Goldenen Zwanziger Jahren“, sondern auch zur Banken- und Weltwirtschaftskrise und zur politischen Krise.

Öl für den Führer

Ihre Kritik, Herr Ruhsert, hat sich daran entzündet, dass ich die Verminderung und den Stopp der US-Öl-Lieferungen während des deutschen Russland-Überfalls nicht klar benannt habe. Ihr Hinweis ist zahlenmäßig richtig, die Lieferungen dieser Art gingen stark zurück und wurden eingestellt. Aber Sie übersehen folgendes:
Erstens: Das war nur das Ende der Lieferungen, die offiziell und direkt zwischen den USA und Deutschland abgewickelt worden waren. Öl wurde dann inoffiziell und indirekt geliefert, z.B. über das auch von den USA geschätzte Franco-Spanien, das formal neutral

blieb. US-Konzerne (wie andere auch) hielten und halten sich nicht unbedingt an US- (und andere) Gesetze, weder im Frieden noch vor allem im Krieg und in der Kriegsvorbereitung.
Zweitens: Wesentlicher aber ist: Durch die Lieferungen in den 1930er Jahren und insbesondere in den Jahren unmittelbar vor dem Krieg wurde Hitler-Deutschland in die Lage versetzt, überhaupt die Blitzkriege 1939/1940 zu führen. Sie ermöglichten der Wehrmacht, die Ölvorräte und –quellen der besetzten Staaten, dann auch in Osteuropa an sich zu reißen und auch damit, wie geschehen, ganz Europa einschließlich der Sowjetunion mit Krieg zu überziehen.
Drittens: Es kommt hinzu, dass durch die engen vertraglichen Verbindungen (Patente, Ethyle) zwischen dem deutschen Chemiekartell IG Farben (Hoechst, Bayer, BASF, Agfa) und den US-Konzernen Standard Oil und DuPont Deutschland seit Kriegsbeginn in einem guten Dutzend Werken während des ganzen Krieges in die Lage versetzt worden ist, synthetisches Öl und Benzin aus Braunkohle zu produzieren. Der größte Teil der deutschen Luftwaffe wäre sonst am Boden geblieben – was sehr gut gewesen wäre, meinen Sie, Herr Ruhsert, nicht auch?
4. Die Rolle der USA wird erst verständlich, wenn Sie die anderen Lieferungen von Hochtechnologie durch z.B. durch IBM, ITT, Pratt & Whitney, General Electric und die auf Bestellung und Vorgaben der Wehrmacht produzierten LkW-Produktionen von Ford, General Motors in den unmittelbaren Vorkriegsjahren und auch danach einbeziehen. Diese Konzerne produzierten übrigens gleichzeitig für die US-Army, natürlich.

US-Neutralitäts-Gesetze

Sie beziehen sich, Herr Ruhsert, auf Neutralitäts-Gesetze der Roosevelt-Regierung. Schon der von Ihnen angeführte Friedenspolitiker Woodrow Wilson führte aber während seiner beiden Präsidentschaften ab 1912 und 1916 heftige internationale Militäreinsätze in Mittelamerika, ließ Diktatoren einsetzen, Staaten und Territorien überfallen, auch während Wilson in Versailles die Verhandlungen führte. US-Banken überschütteten das Italien Mussolinis sofort nach dem Schwarzhemden-Putsch 1922 mit Krediten, US-Konzerne investierten zu günstigsten Bedingungen, kauften Unternehmensanteile und gründeten Niederlassungen, wie in Deutschland. Führende US-Medien lobten Mussolini als „Politiker des Jahres“, wie man ihn auch in den USA brauche. Putschist Franco wurde unter Roosevelt (trotz Neutrality Act) mit Öl beliefert und nach dem Sieg über die gewählte Regierung sofort diplomatisch anerkannt.

Zwangsarbeiter in US-Niederlassungen

Herr Ruhsert, Sie gestehen bedauernd ein, dass US-Firmen in Deutschland Zwangsarbeiter eingesetzt haben. Sie meinen aber, die Firmen hätten unter deutscher Zwangsverwaltung

gestanden, und auch von US-Seite sei der Kontakt der US-Zentralen zur Niederlassung untersagt worden.
Erstens: Schon vor den Zwangsarbeitern vollzogen die US-Firmen die NS-Vorgaben gerne mit. Das Führer-Prinzip war ihnen von zuhause vertraut. Die Zerschlagung der Gewerkschaften, die Abschaffung von Betriebsräten – da kam kein Protest, während die US-Filialen in Deutschland sich doch auf Roosevelts New Deal hätten berufen können, in dem Gewerkschaften und Belegschaftsvertretungen gesetzlich gefördert wurden. Aber auch Roosevelt protestierte nicht.
Zweitens: Die Firmen arbeiteten nach der US-Kriegserklärung im Rahmen der deutschen Kriegswirtschaft mit, was sie auch vor der Kriegserklärung in den 1930er Jahren getan hatten. Das betraf auch die Firmen, in denen US-Aktionäre nicht Alleineigentümer, sondern Miteigentümer waren, so wie General Electric an AEG.
Drittens: Gerade bei kriegswichtigen US-Unternehmen bedeutete „Zwangsverwaltung“ nicht das, was man darunter verstehen konnte oder sollte. Die deutsche und die US-Seite verstanden sich. Bei Opel, im Eigentum von General Motors, wurde das Mitglied des Aufsichtsrats Carl Lüer, in Absprache mit der GM-Zentrale 1941 kurzfristig zum Aufsichtsrats-Vorsitzenden berufen und dann als Zwangsverwalter eingesetzt. Lüer war auch stellvertretender Leiter der Reichswirtschaftskammer. Opel wurde nicht enteignet, GM bzw. seine Aktionäre blieben Eigentümer. Die Gewinne wurden zum Aufkauf weiterer Unternehmen in Deutschland verwandt. In den USA gestand die US-Regierung gleichzeitig GM eine Steuerminderung wegen entgangener Gewinne zu. Nach dem Krieg wurden blockierte Dividenden an die Aktionäre ausgezahlt. GM erhielt Entschädigung für Kriegsschäden. So also sah die „Zwangsverwaltung“ aus.
Wenn es keinen Kontakt und Einfluss von US-Seite gegeben hat, warum haben gerade dann die US-Aktionäre und US-Zentralen und die US-Regierung nicht dagegen protestiert, dass die Firmen in Deutschland Zwangsarbeiter, auch jüdische, beschäftigen? Herr Ruhsert: Erklären Sie es uns!

Werner Rügemer